
Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 28.04.2021
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:48 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte (Freiluftveranstaltung)

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Werner Jacob
Vorsitzender

 Birgit Wesemann (per Aufzeichnung)
Protokollführer
Anwesend:Vorsitzender

Herr Werner Jacob

Mitglieder

Herr Michel Allmrodt

Herr Michael Bartoschewski

Herr Ralf-Peter Bierstedt

Frau Edith Braun

Herr Ralf Breuer

Herr Dr. Frank Dreihaupt bis Ende TOP 2

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner

Herr Peter Jagolski

Frau Carmen Kalkofen bis Ende TOP 2

Herr Wolfgang Kinszorra

Frau Steffi Kraemer bis Mitte TOP 12

Herr Wilko Maatz bis Ende TOP 2

Herr Michael Nagler

Herr Karsten Paproth

Herr Dieter Pasiciel

Herr Björn Paucke

Frau Rita Platte

Herr Christoph Plötze

Herr Marco Radke

Frau Alexandra Schleef

Herr Dietrich Schultz

Herr Daniel Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Michael Grupe

Herr Alexander Wittwer

Protokollführer

Frau Jeanette Linsdorf

Birgit Wesemann (per Aufzeichnung)

Abwesend:Bürgermeister

Herr Andreas Brohm unentsch.

Mitglieder

Herr Uwe Nastke entsch.

Herr Bodo Strube entsch.

Herr Sven Wegener entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 28.04.2021, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates
4. Einwohnerfragestunde
5. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse
7. Informationspolitik des Bürgermeisters
8. Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Öffentliche Sitzung

13. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
14. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
15. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Jacob eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit (24 Anwesende) fest. Entschuldigt fehlen Herr Nastke, Herr Strube und Herr S. Wegener. Unentschuldigt fehlt der Bürgermeister (BM) Herr Brohm.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Dreihaupt möchte im Namen der UWGSA eine Erklärung vorlesen. **Herr Jacob** erklärt, dass man jetzt den Tagesordnungspunkt (TOP) 2 habe. Die Erklärung könne Herr Dr. Dreihaupt später vorlesen. Oder bezieht sich die Erklärung auf diesen TOP? **Herr Dr. Dreihaupt** antwortet, Ja und sagt, es soll aber keine Änderung der Tagesordnung (TO) sein. Er fängt an, die Erklärung vorzulesen. **Herr Jacob** unterbricht Herrn Dr. Dreihaupt und sagt, in diesem TOP gehe es um eine Änderung der TO.

Zwischen **Herrn Jacob** und **Herrn Dr. Dreihaupt** kommt es zum Zwiespalt und **Herr Jacob** entzieht Herrn Dr. Dreihaupt das Wort.

Herr Dr. Dreihaupt gibt seine Verärgerung kund. Anschließend verlassen **die Mitglieder der UWGSA (Herr Dr. Dreihaupt, Frau Kalkofen, Herr Maatz, Frau Schleef)** gemeinsam die Sitzung.

Herr Jacob und die **anwesenden Stadträte (SR'e)** stimmen der vorliegenden TO zu.

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates

Es liegt keine Niederschrift vor.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Ein Bürger der EG stellt folgende Frage, die er auch schriftlich vorlegt. „Wurde vom Ortschaftsrat (OR) Uchtdorf die Einstellung von Reparaturen schadhafter Straßen, innerhalb der Ortslage Uchtdorf (Anliegerstraßen), in den Haushalt (HH) 2021 beantragt und wann und durch wem werden diese 2021 repariert? (Schulstraße, Schernebecker Steig, Burgstaller Straße, Gartenweg als Beispiele nennen)“.

Darauf könne **Herr Jacob** nicht antworten und werde die Frage an die Verwaltung und dem BM weitergeben.

Herr Schultz habe ein Problem mit der Durchführung der Sitzung, ohne BM. Wenn er es lt. Geschäftsordnung (GO) richtig verstanden habe, sei eine Sitzung ohne BM nicht durchführbar.

Frau Braun antwortet, man habe eine GO beschlossen. Leider habe sie und Herr Jacob festgestellt, dass die Endfassung der beschlossenen GO dem SR nicht zugegangen sei. Dies habe die Verwaltung verabsäumt und sie müsse sagen, dass das was vom BM im Internet, in Pressemitteilung oder in Facebook hinsichtlich der Videokonferenz vorgetragen wurde, entspreche nicht der tatsächlichen beschlossenen GO des SR'es, denn genau dies habe man geändert. Der SR-Beschluss sei maßgeblich, denn man müsse die GO nicht von der KAB SDL bestätigen lassen. Zu Herrn Schultz sagt sie, der Vorsitzende legt im Einvernehmen mit dem BM die TO fest. Als man den Termin und die TO festgelegt habe, gab es ein Einvernehmen.

Herr Schultz weist darauf hin, dass er einen Geschäftsordnungsantrag gestellt habe.

Herr Jacob nimmt es zur Kenntnis, könne sich aber auf keinen Punkt in der GO beziehen, der aus sage, dass der BM unbedingt anwesend sein müsse. Man habe entsprechend der GO einberufen und der Verwaltung mit der Dokumentierung mitgeteilt, wer alles für diese Sondersitzung sei. Jeder habe eine Einladung bekommen und somit sei dies rechtskräftig. Die Einladung sei auch für den BM gültig. Wenn der BM die Einladung nicht für wichtig nehme, sei das eine Missachtung des Gremiums, das Herr Jacob mit Erschrecken feststelle.

Frau Platte informiert, dass sie dem BM mitgeteilt habe, dass das, worauf er sich im Facebook berufen habe, nicht die richtige Fassung der beschlossenen GO sei. Frau Wittke sei zurzeit nicht da und dann laufe in der Verwaltung nichts. Wenn der BM nicht komme, hätte dieser einen Stellvertreter schicken müssen.

Herr Bartoschewski fragt nach der Abstimmung des (nicht konkreten) Geschäftsordnungsantrages von Herrn Schultz und **Herr Jacob** fragt Herrn Schultz, ob es einen konkreten Antrag gebe.

Herr Schultz stellt den Antrag, dass man das komplette Fernbleiben der Verwaltung auf das Allerschärfste verurteile.

Herr Jacob verweist darauf, dass das kein Geschäftsordnungsantrag sei und **Herr Schultz** antwortet, dann stelle ich diesen später.

Herr Jacob schließt die Einwohnerfragestunde.

TOP 5: Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Jacob informiert, dass man die gefassten Beschlüsse schon in der letzten Sitzung bekannt gegeben habe.

TOP 6: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse

Dieser TOP kann nicht ausgeführt werden, weil der BM nicht anwesend ist.

TOP 7: Informationspolitik des Bürgermeisters

Bevor **Herr Jacob** mit diesem TOP beginnen möchte, erklärt er, warum er sich für diese Art der Sitzung entschieden habe und nicht für ein Videoformat. Wenn man ein Videoformat nutzen wolle, sei es dringend notwendig, dass alle Mitglieder des SR'es diese technische Möglichkeit nutzen können. Viele haben ihm versichert, dass dies nicht möglich sei. Wenn man zur nächsten SR-Sitzung mit 38 TOP'e und ca. 28 Beschlussvorlagen (BV) abstimmen müsse, müsse man vor jeder BV alle einzeln abfragen, ob sie auf Empfang seien und da sei es möglich, dass der, der bei TOP 1 oder TOP 2 bei TOP 27 nicht mehr online sei. D.h., dass sei ein zeitlicher und technischer Aufwand, der in so einer Form mit 28 Personen nicht durchführbar sei. Heute habe man 2 TOP'e und die seien bei diesem Wetter aus seiner Sicht verantwortbar. Jetzt beginnt der eigentliche TOP.

Herr Jacob informiert, dass man des Öfteren wahrnehmen musste, dass es Pressemitteilungen (PM) gebe. PM haben in einer bestimmten Form stattzufinden. Diese Form sei in der GO festgeschrieben, unter dem IV. Abschnitt, Öffentlichkeitsarbeit. Im § 20 Unterrichtung der Öffentlichkeit und Presse steht, „Öffentlichkeit und Presse werden vom BM über die TO der Sitzungen des SR'es und seiner Ausschüsse sowie über den wesentlichen Inhalt der gefassten Beschlüsse unterrichtet“. Die Stellungnahmen vom BM gehen weit darüber hinaus. In den letzten Stellungnahmen und PM sowie auf der offiziellen Seite der EG (nicht die persönliche auf Facebook) des BM zu SR-Sitzungen stehen Informationen, persönliche Bewertungen, subjektive Einlassungen, persönliche Angriffe und in ihrem Wahrheitsgehalt nicht zu verantwortende Informationen für die Bürger. Der BM stelle das eine so oder so dar, aber, wenn Tatsachen vollkommen verkehrt dargestellt werden, glaube Herr Jacob, dass die Bürger ein Recht haben, wahrheitsgemäß berichtet zu werden und das tue der BM leider nicht. Dafür habe er Beispiele, die er niedergeschrieben habe. In diesem Zusammenhang möchte Herr Jacob sagen, die Entscheidung, die er getroffen habe, ob eine Videokonferenz oder wie wir sie jetzt durchführen oder ein schriftliches Verfahren, sei für ihm keine ideologische Sache, d.h., etwas, worum man sich grundsätzlich streiten müsse, sondern eine Sache, die auf Tatsachen beruhe, wo man sich anschauen müsse wie die momentane Situation sei und welche zu uns passe. Deshalb fand er die PM nicht in Ordnung, in der stehe, „sagte Andreas Brohm, dass der SR im März die Möglichkeit eröffnet hat, Sitzungen auch als Videokonferenz durchführen zu können. Das ist eine tolle Lösung“ aber Herr Jacob findet, nicht, wenn man dies mit 28 Personen (wie schon erklärt) durchführen müsse. Generell zu sagen, das seien tolle Lösungen und die Präsenzsitzungen, die andere aus bestimmten Gründen vorschlagen, seien nicht toll, sei keine objektive Berichterstattung. Die nächste PM laute, „in der Kita „Haus der Kleinen Racker“ in Bellingen darf der Eingangsbereich nicht saniert werden“. Jeder sei der Meinung, dass die Kinder dort unter schlechten Verhältnissen untergebracht seien. Wie es dazu kam, dass man dies abgelehnt habe und warum man es nicht früh genug in den Haushalt (HH) 2021 eingepflegt habe, das stehe nicht in der PM. In der PM stehe, „wir werden das Projekt für den HH 2022 vorschlagen“. Herr Jacob habe an der Ortschaftsrats-sitzung Bellingen teilgenommen und habe darum gebeten, dass man mit fundamentalen Informationen über diese Geschichte diesen Antrag stelle, damit dies für das Gremium beschlussfähig sei. Das habe damals gefehlt und darum habe der SR dies nicht beschlossen.

Die nächste PM ist über die Fähre. Jeder vom SR wisse genau, dass die erste Geschichte zur Fähre vom SR-Mitglied Herrn Schultz kam und zwar ein Antrag. Viele Bürger hatten darauf hingewiesen, wie fürchterlich es sei, wenn die Fähre verschwindet. Dies habe touristische sowie wirtschaftliche Gründe, denn es schwäche unsere Region. Darum haben sich sehr viele, besonders Frau Platte, um diese Geschichte gekümmert. Das habe man im SR öffentlich gemacht und deshalb habe die

CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht. Dieser Antrag sei nicht nur im SR Tangerhütte, sondern wortgleich in 5 oder 6 anderen Gremien gestellt worden und das habe die Weichen gestellt, dass der SR den BM beauftragen konnte, mit den anderen diese Lösung, wie sie jetzt angestrebt werde, herbeizuführen. Herr Brohm habe in einer wesentlichen Sitzung der Presse mitgeteilt, dass dieser Schrotthaufen nicht Rettenswert sei und er habe von einer Brücke gesprochen. Jeder könne sich mal irren, dass sei gar keine Frage und er (Hr. Jacob) habe auch gesagt, „Herr Brohm, herzlich willkommen, wenn sie jetzt für die Fähre sind. Wir können jeden Mitstreiter gebrauchen“ aber es so darzustellen, dass der SR das nicht wollte und zu sagen, „ich bin froh über den Stimmungswechsel im SR und hoffe, dass wir nun ein fähiges Konzept umsetzen können“, dass sei schon fast eine Frechheit.

Herr Jacob gibt an, es gebe noch mehr aber er möchte nur auf eines hinweisen, was ihm selbst immer bewusster werde. Als es damals um die Industriehallen ging, haben wir alle eine Erfahrung gemacht, denn da sei durch einen E-Mail-Anhang von Herrn Dr. Dreihaupt ganz klar geworden, wer damals diese Geschichte aufbereitet habe. Es waren nämlich nicht Bürger, die dort irgendein Interesse gehabt hatten, sich und etwas verwirklichen wollten, sondern der BM habe im Hintergrund die Fäden gezogen und jedem eine Anweisung gegeben, was er zu sagen, zu schreiben und zu äußern habe, auch hier im SR. Das war unerhört gewesen und das setzt sich fort.

Jeder wisse noch, was mit dem Radweg in Cobbel war. Da hatte der SR bestimmte Einsprüche gehabt und von Anfang an Wert darauf gelegt, dass das Projekt, wenn man es umsetze, auch ordentlich abgesichert sei. Nur dadurch, dass der SR gemeinsam mit dem Landrat eine Lösung gesucht und gefunden hatte, sei es letztendlich zu diesem Projekt gekommen. Herr Brohm habe sich zu dieser Sache dem SR gegenüber nie öffentlich gestellt aber Facebook sei Dank. Dort stand, „Guten Morgen liebe Initiative, ich glaube, es gibt keine sachlichen Argumente von denen, die diesen Weg nicht wollen. Das Problem ist, dass sie mit diesem Projekt aufgezeigt haben, dass es nicht auf den SR ankommt, um etwas zu bewegen, sondern eine engagierte Bürgerschaft mit einer guten Verwaltung reicht. Für ein Gremium, was gern fordert, ohne an die Gegenfinanzierung zu denken, ist das einfach ein Problem. Alles was als sogenanntes Argument in der Zeitung stand, sind haltlose Behauptungen. Ich finde, man müsste viel öfter thematisieren, warum die Initiative Sorge haben muss, dass das Projekt an einem SR scheitern könnte. Dieser soll doch zum Wohle der Gemeinde agieren. Ich finde, das Projekt ist mehr als nur der Bau eines Weges für alle. Das ist gelebte Demokratie, die sehr viel zum guten Gemeindegemeinschaft beitragen kann. Ich wünsche eine erfolgreiche Woche. Mit freundlichen Grüßen Andreas Brohm“. Das sage für Herrn Jacob etwas aus und zwar eine Grundhaltung zu unserem Gremium, dem SR.

Der SR habe auch immer wieder das Problem, dass Beschlüsse, die der SR beschlossen habe, durch die Verwaltung nicht umgesetzt werden. Das war auch der Grund dafür, dass er (Hr. Jacob) gefordert hatte, dass in unserem Ratssystem die BV eingestellt werden. Herr Jacob glaubt, dass der SR dies am 19.01.2021 beschlossen habe aber die Verwaltung habe es bis heute noch nicht umgesetzt. Die Sperrspitze der Digitalisierung kriegt es nicht hin, unsere Arbeit zu vereinfachen. Am 29.08.2018 gab es die BV 776/2018 zum „Neuen Schloss“. Hier ging es um eine Kostenermittlung für das Schloss. Dann hatten wir eine Konzepterstellung für das „Neue Schloss“ mit der BV 795/2018 und das alles seien Voraussetzungen, damit so etwas wie der Leaderantrag, der jetzt für das „Neue Schloss“ kommen soll, eine Grundlage hätte. Wenn man aber weder die Kosten wisse, noch wisse, ob man es je bewirtschaften werde aber jetzt in der finanziellen Größenordnung Beschlüsse fassen solle, sei das ohne diese Grundlage nicht möglich. D.h., das Gremium werde wieder mal nicht ernst genommen. Die Sachen sind nicht gewollt und werden dann verschleppt.

Jetzt bittet **Herr Jacob** um Wortmeldungen.

Herr Jagolski sei nicht grundsätzlich gegen das digitale Rathaus aber er findet es übertrieben, wie oft es jetzt hoch gelobt werde. Als wenn man ein neues Bundesprojekt beschlossen habe. Er fragt, wieviel Einwohner habe unsere EG und antwortet selbst, etwa 10.000 bis 13.000. Wenn man von 10.000 Einwohner ca. 1.000 Nutzer habe, sei das auch nicht so wie man es immer darstelle. Das beste Beispiel sei, dass der LK Stendal für die Zuarbeiten zum Disziplinarverfahren mehrfach nachhaken musste. Bei einem digitalen Rathaus hätte dies schneller gehen müssen. Am Anfang hieß es von Herrn Brohm, man wolle weniger Sitzungen und er benötige keinen SR. Das seien die Sachen, an die Herr Brohm jetzt wieder denkt und sich auch so verhält. Zum Thema Baumaßnahmen falle ihm gleich Norma ein. Zum Anfang habe Herr Brohm (da war noch Hr. Gravert Vorsitzender im Bauausschuss) gesagt, er wisse noch nicht, ob er den Bau vom Norma überhaupt möchte und Herr Gravert habe zu Herrn Brohm gesagt, das entscheide der SR. Jetzt höre man im Radio mdR, dass

das Erschließen der Innenstadt mit einem Markt im Zentrum Herrn Brohm sein Zutun und seine Idee gewesen sei. Das sei vollkommen falsch.

Herr Graubner bedankt sich beim Vorsitzenden Herrn Jacob, dass dieser konsequent diese Sitzung angefordert habe. Es sei nötig, dass der SR hier seine Meinung kundtun könne, obwohl der Adressat sich feige entzieht. Zum digitalen Rathaus liest er aus einer Zeitschrift folgendes vor. „Andreas Brohm, Kopf des Monats, der digitalen Revolution, des digitalen Rathauses“. Herr Graubner sagt, er wird mit den Worten zitiert, „lang ist es her, wo wir einen Bevollmächtigten brauchten“. So ist es nicht. Entweder, wir schaffen den Wechsel mit der Wahl ganz demokratisch oder er (Hr. Graubner) beantrage diese wieder. Er gibt Herrn Jagolski Recht. Das digitale Rathaus sei eine gute Sache aber man erreiche von 11.000 Einwohnern evtl. 1.000 Einwohner und das sei nicht sehr viel. Die Kraft und die Zeit, die man hier hineinstecke, hätte man gebraucht, um in der Verwaltung Kernaufgaben zu erledigen. Es war ihm eine große Freude als der mdR ausgerechnet ihm (Hr. Graubner) zum Jahrestag des digitalen Rathauses gefragt habe. Er habe folgendes geantwortet, „gut gewollt ist noch nicht gut gekonnt“ und sich hier hinzustellen, der Verwaltung Kraft und Zeit zu entziehen. Herr Graubner erinnere an den DAK-Gesundheitsterminal im Rathaus, der auch fehl am Platz sei. Es sei nicht die Aufgabe einer Verwaltung, einen Gesundheitsservice zu machen. Das gehöre in die Krankenkasse.

Frau Platte merkt an, das Grundsätzliche habe man zur Einstellung von Herrn Brohm zum SR schon gesagt. Herr Brohm dokumentiere es immer und habe es auch öffentlich gesagt. Sie habe vor 2/3 Jahren versucht Herrn Brohm zu sagen, wie wichtig dieses Gremium sei, dass der SR das CO-Gremium sei und dass er mit uns zusammen arbeiten müsse. Herr Brohm halte es aber für nicht nötig, das habe sich ja immer bewiesen. Zum Wildpark sagt Frau Platte, der SR war einmal in den Wildpark eingeladen worden. Die Zusammenkunft war im Blockhaus. Herr Brohm wollte mit dem SR über die Zukunft des Wildparkes reden. Sie selbst war zu früh da und habe sich im Blockhaus an die Seite gesetzt. Dort waren schon zwei Herren anwesend und Herr Brohm wollte etwas unterschreiben. Sie habe sich getraut und gefragt, was Herr Brohm unterschreiben wolle und einer von den beiden Herren habe erklärt, das sei der Vertrag, dass der Wildpark durch ihm in Zukunft betrieben werden solle und über den möglichen Kauf. D.h., Herr Brohm wollte uns vor vollendeten Tatsachen stellen. Das war für ihr eine Sache, wo die Schwindelei besonders deutlich war. Herr Brohm hält grundsätzlich und in jeder Hinsicht den SR für überflüssig. Offensichtlich kenne Herr Brohm das KVG LSA nicht, worauf er sich immer beziehe. Sie finde auch, dass man vom LSA und vom LK Stendal, an dem der SR eine begründete Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Brohm gestellt habe und bis heute keine Antwort erhalten habe, verwerflich, auch im Hinblick auf die Stellung eines SR'es.

Herr Nagler sagt zu Herrn Jacob, dass er dies sehr gut ausgearbeitet habe. Im SR sitzen keine dummen Jungs und dummen Mädels, sondern Leute, die in verschiedenen Bereiche des Lebens Erfolg haben und Lebenserfahrung gesammelt haben und zwar der Querschnitt der Bevölkerung. So wie der BM mit uns umgeht, sei für jeden verletzend. Er verstehe, das Wahlkampf sei und im Wahlkampf könne es manchmal härter werden. Der BM habe nicht viel vorzuweisen. Darum erhöhe er sich, in dem er andere herabsetze und das sei zurzeit seine Wahlkampfstrategie. Der BM prügelt auf offizieller Seite der Stadt Tangerhütte auf den gesamten SR ein. Auch auf die Räte, die ihm noch loyal zur Seite stehen. Diese Art und Weise und das auf einer öffentlichen Seite, sei nicht ok und das könne man sich als SR nicht mehr gefallen lassen. Man solle auch mal überlegen, wenn der SR mit 27 Mitgliedern immer falsch liege und nur er (als 28. Mitglied des SR) richtig liege, dass er vielleicht auf der falschen Spur liege. Er kenne kein SR-Mitglied, das vor 7 Jahren schon dabei war und gesagt habe, er sei gegen den BM. Einige haben den BM sogar vorher aktiv unterstützt und als damaliger Sieger habe er die Zusammenarbeit verdient gehabt. Aus eigener Erfahrung wisse er von den vielen Gesprächen in den ersten 2 Jahren mit dem BM, unter sechs bzw. 8 Augen, wie man besser zusammenarbeiten könne, auch nach der neuen SR-Wahl, aber es sei nichts möglich gewesen. Man habe es an verschiedensten Ecken versucht, mit dem BM zusammenzuarbeiten. Wenn man am Ende seiner ersten Amtszeit und hoffentlich auch letzten merkt, dass jetzt hier geschossen werde und der BM stelle sich, mit einer fadenscheinigen Begründung, die er heute veröffentlicht habe, dieser Kritik nicht. In den letzten Sitzungen sitze Herr Brohm immer ohne FFP2-Maske im Präsidium. Da habe ihm das nicht interessiert. In der Gesamtlage habe sich nichts geändert aber heute sei es dem BM zu gefährlich, im Freien teilzunehmen. Das erschließe ihm (Hr. Nagler) nicht. Der BM habe einfach keine Lust, denn hier hätte der BM jemanden, der etwas dagegen sage. Das habe der BM im Internet nicht, denn dort habe er die Leute um sich geschart, die für ihn reden. Herr Nagler werde sich in diesem Raum nicht bewegen.

Das Beispiel Kita Bellingen, dass Herr Jacob genannt habe, habe Herr Nagler schon fast vergessen. Das habe man vor 2 oder 4 Jahren schon mal diskutiert, im Rahmen von Überschüsse, die man immer habe. Es habe keiner dem BM verboten, als es damals nicht geklappt hatte, dass in den HH 2020 oder in den HH 2021 einzustellen. Dies aber am Tag vor der Beschlussfassung einzubringen und hinterher so loszulegen, sei einfach link. Zum Wildpark hoffe er, dass noch wer anderes etwas sage, denn das sei nicht nur fehlende Informationspolitik gewesen, sondern hier sei sogar ein Gemeindegeld entstanden. Gerade aktuell sei ein Investor abgesprungen, der vor hatte, richtig Geld auszugeben (200 T€ bis 250 T€). Das hätte der Gemeinde gut getan. Dieser Investor habe eine Dienstaufsichtsbeschwerde, die der SR auch schon behandelt hatte, eingereicht und sei jetzt zum Entschluss gekommen, dass die Investition in unserer EG nicht möglich sei. Er habe explizit gesagt, das liege an den BM und mit dem Umgang des Vorhabens. Der Investor habe sich heute per Mail zurückgezogen und werde sich wahrscheinlich noch öffentlich äußern. Herr Nagler sei nicht bereit, sich im Internet als Prügelknabe zur Verfügung zu stellen. Deswegen habe er eine Anzeige gegen dem BM gemacht. Wenn er (Hr. Nagler) etwas falsch mache, stehe er dazu aber nicht für Sachen, die komplett anders seien als dargestellt.

Herr Jacob fügt noch hinzu, dass der SR seit längerem eine Dienstaufsichtsbeschwerde und ein Disziplinarverfahren gegen dem BM laufen habe. Das Disziplinarverfahren sei ein laufendes Verfahren. Für Herrn Jacob sei es selbstverständlich, dass in einem laufenden Verfahren, keine Informationen darüber gebe. Dafür gebe es eine neutrale Stelle. Dort sei jemand, der ermittelt und Herr des Verfahrens sei. Der SR habe sich in dieser Zeit nicht darüber zu äußern. Herr Jacob werde sich auch nicht darüber äußern, es sei denn im nichtöffentlichen Teil, aber in der PM vom 29.03.2021 habe der BM folgendes geschrieben. „Der SR beschließt die Prüfung eines weiteren Disziplinarverfahrens gegen dem BM. Bereits 3 Verfahren in 7 Sachverhalten prüft das Rechtsamt des LK Stendal, mögliche Verfahren gegen dem BM der EG.“ Dann führte der BM einige Sachen auf und sagte ganz locker, „ich sehe dem Verfahren gelassen entgegen. Ziel ist doch, einzig und allein, dem BM zu diskreditieren.“ Das verschlage einem die Sprache, wie ein Hauptverwaltungsbeamter in der Öffentlichkeit argumentiere.

Herr D. Wegener möchte sich seinen Vorrednern anschließen. Er findet, dass der Umgang, den der BM mit dem SR an den Tag lege, teilweise auch mit den Bürgern zu tun habe. Viele vergessen das. Wenn Herr D. Wegener nur an die Parksituation vor ein paar Jahren denke, als man die Ordnungsamtsmitarbeiter so angehalten habe, dass diese in den Ortschaften (in Tangerhütte usw.) mehr als streng kontrolliert haben und die Bürger wütend zur Sprechstunde gekommen seien. Erst als der Unmut zu groß wurde und der BM das nicht mehr ausgehalten habe und eingeknickt sei, habe der BM es wieder so geduldet wie es vorher war. Mit dem SR gehe der BM genauso um aber hier knicke der BM nicht ein. Ähnlich sei es auch mit dem Solarpark in der Stendaler Straße gewesen. Herr D. Wegener wurde von Bürgern angesprochen, warum der SR für diesen Solarpark sei. Dabei war das Thema nie im SR. Es gab eine Bürgerversammlung und die Bürger haben ihren Unmut kund getan. Danach habe man das, bevor es eine SR-Sitzung gab, eingestampft. Heute habe Herr Brohm in Facebook geschrieben, „ wir müssen den Geist der konstruktiven HH-Beratungen aus den vergangenen Monaten beibehalten. Nur so können wir gemeinsam etwas in Gang bringen“. Herr D. Wegener sagt, die HH-Beratungen mit Herrn Brohm haben nichts gebracht. Der HH 2020 sei nicht zustande gekommen. Seine Fraktion (WG Zukunft) und ein Großteil anderer Fraktionen hatten den Vorsitzenden eingeladen und man hatte in kleiner Runde beschlossen, dass man den HH 2020 beschließen wolle, damit es in der Verwaltung weitergehe. Dabei war Herr Brohm nicht anwesend gewesen und hatte keine Anteile daran. Herr D. Wegener frage sich, ob der 2. Teil, den Herr Brohm hier geschrieben habe, ironisch gemeint sei und zwar, „ dass er hofft, dass wir zu diesem konstruktiven Miteinander spätestens in der 2. Jahreshälfte ... (mehr ist leider nicht zu verstehen, da ein SR-Mitglied dazwischen spricht)“. Herr Brohm müsse vielleicht noch begreifen, dass er keinen Wahlkampf gegen den SR führe. Diese Angriffe von Herrn Brohm kommen erst, seit dem Wahlkampf. Der SR habe mehrfach versucht mit Herrn Brohm zu sprechen, auch er (Hr. D. Wegener) habe zum Anfang mit Herrn Brohm unter 4 Augen gesprochen und zu Herrn Brohm gesagt, er solle mit dem SR zusammen arbeiten und dem SR das Gefühl geben, dass er mit dem SR zusammen arbeiten möchte. Daraus sei nichts geworden und nach dieser langen Zeit werde daraus auch nichts mehr werden. Dieser SR werde in dieser Konstellation noch 2 Jahre bestehen und wenn man Herrn Brohm wieder wähle, sehe er für die nächsten 2 Jahre für Tangerhütte schwarz.

Herr Schultz merkt an, man spreche hier über die Informationspolitik des BM und er bedaure, dass der BM nicht dabei sei. Er spreche ungern über einen nichtanwesenden Dritten aber er sagt auf jedem Fall seine Meinung dazu. Der BM könne dies im Protokoll nachsehen. Er stimme dem Punkt,

den Herr Jacob aus den PM zitiert habe, in vollem Umfang zu. Er selber habe in Facebook auch einen Punkt gefunden, in dem der BM über Grundstücksverkäufe aus unserer EG spreche, Namen nenne und Investitionsvorhaben anspreche. Darüber sei Herr Schultz überrascht gewesen, weil man im SR noch nicht darüber gesprochen habe. In diesem Punkt nehme der BM die Entscheidung des SR'es schon vorweg. Aus Herrn Schultz seiner Sicht gehe es hier nicht nur um Lug, Betrug, Falschdarstellungen und Halbwahrheiten, sondern um strafrechtlich relevante Dinge, die der BM in den Medien veröffentliche. So setze sich das auch im Wahlkampf fort, denn auf dem Wahlplakat vom BM stehe, das er „alles gemeinsam mit dem SR und den Bürgern ...“ (mehr ist nicht zu verstehen – zu viel Autoverkehr). Das sei doch gelogen, denn das sehe man an dem ganzen Verhalten und an dem Umgang des BM mit dem SR. Herrn Schultz sei es nicht egal, was der BM in Facebook von sich gebe und habe schon überlegt wie man dagegen vorgehen könne. Man könne nur, wenn dem SR so eine PM auffalle, den BM ermahnen, verwarnen und versuchen den BM wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Herr Radke sei vor 2 Jahren Dank der Wähler in den SR und zum Ortsbürgermeister (OBM) Weißewarte gewählt worden und er habe gedacht, er könne sich das alles angucken und anlernen wie das so laufe aber sei dann gleich mit dem Wildpark ins kalte Wasser geschmissen worden. Trotzdem sei er angetreten und habe gesagt, dass er den BM konstruktiv unterstützen möchte. Damit habe er seine eigenen Leute gegen sich aufgebracht und musste Gespräche führen. Als es dann mit dem Wildpark losging, wurde es von Tag zu Tag schwieriger. Vor dem Frühlingserwachen habe Herr Brohm gesagt, die Ortschaft Weißewarte habe nichts mehr mit dem Wildpark zu tun. Dabei sei die Ortschaft der erste Ansprechpartner für den Wildpark gewesen und konnte ihre Meinung sagen wie es mit dem Wildpark weitergehen solle. Das alles habe man ignoriert. Man hätte den Vertrag mit „Müden“ umgehen können, denn die Ortschaft hatte Erfahrungswerte und hätte es weiterführen können. Bei seiner 1. Ortschaftsratssitzung im Blockhaus waren 25 Gäste und Herr Brohm anwesend. In dieser Sitzung haben er und Herr Brohm seine Sicht dargestellt und es wurde ihm (Hr. Radke) erklärt, wie man den Wildpark fortführen könne. Herr Radke war aber für eine GmbH oder für einen Verein. 2 bis 3 Tage später musste er sich anhören, dass er wohl kompletten Blödsinn erzählt habe und er habe sich gedacht, warum suche der BM nicht das Gespräch mit ihm. Dadurch wurde leider seine Meinung zerstört, denn er habe gedacht, dies sei ein guter BM. Dann ging es mit dem Betreiberverein weiter und man habe immer gesagt bekommen, der Betreiberverein sei nicht organisiert und strukturiert. Das habe man auch auf verschiedenen Fraktionssitzungen gesagt. Dabei habe sich der Betreiberverein strukturiert und gut organisiert und dann kam Herr Brohm zum Jahrestag des Betreibervereins mit einer Torte vorbei, ohne vorher etwas anzukündigen. Man sei doch nicht im Kindergarten. Herr Brohm hätte einfach vorbeikommen und gratulieren können. Das alles habe seine Sicht vom BM verändert und er sei enttäuscht. Frau Platte hatte vorhin das Gespräch im Blockhaus mit den Herren aus Müden und dem BM angesprochen. Frau Platte, Herr Detlef Radke und er selbst waren die ersten, die im Blockhaus aufgetreten seien und alle drei haben beobachtet, dass der Vertrag unterschrieben werden sollte. Aus seiner Erinnerung heraus sei Herr Brohm bei der Nachfrage von Frau Platte ziemlich ins Stocken geraten. Herr Radke verstehe nicht, warum der BM so etwas mache.

Herr Paproth habe gedacht, der SR könne etwas bewegen und ändern. Er sei sehr neutral gestartet aber sei in den letzten 2 Jahren immer wieder enttäuscht worden, wie orientierungslos und konzeptlos die ganze Verwaltung um Herrn Brohm pariert. Herr Paproth erinnert an das geforderte Konzept Schloss, das es nicht gebe. Der Wildpark sei eine ganz große Baustelle gewesen. Es ging 1 Jahr nur um den Wildpark. Das nächste sei das Konzept Kulturhaus. Er wisse nicht, wieviel Beschlüsse man dazu schon beschlossen habe und wie oft der SR das schon behandelt habe. Über das Konzept Bauhof sei er mehr als enttäuscht gewesen. Vor kurzem habe man eine Besichtigung im Bauhof gemacht. Der Bauhof sei ein einzigartiger 50%iger Schrotthaufen der Technik. Kurz vor Beschluss des HH 2021 stellte Herr Brohm fest, man benötige ganz schnell 50.000 € für den Bauhof. Der BM habe überhaupt keinen Überblick und keine Orientierung, was bei ihm los sei aber sich als Retter hinstellen und Herrn Jagolski loben, dass dieser noch 30.000 € für den Bauhof rausgeholt habe. Jetzt sagt Herr Brohm, man könne den Bauhof retten, in dem man noch 2 Aufsitzmäher kaufe und alles sei wieder gut. Dazu sagt Herr Paproth, das sei konzeptlos gewesen und gegen die Wand gefahren. Komischerweise passiere das kurz vor der Wahl. Genau das Gleiche sei mit der Kita Bellingen. Die Kita Bellingen sehe nicht erst seit diesem Jahr so aus, sondern seit mehreren Jahren und wenn dem BM das am Herzen liegen würde, hätte der BM das schon längst in den HH 2019 oder 2020 einbringen können. Für Herrn Paproth sei das eine Chaospolitik und der SR wird regelmäßig umgangen und falsch oder gar nicht informiert.

Herr Jagolski äußert sich noch einmal zum Wildpark. Der BM wollte den Wildpark entkommunalisieren und als der SR das verhindern wollte, hieß es vom BM, „ihr habt den Schuss nicht gehört“. Das Kulturhaus wollte der BM auch entkommunalisieren und die Idee, wie man das Kulturhaus mit der Gaststätte jetzt handhaben wolle, komme aus dem Ortschaftsrat Tangerhütte. In der Zeitung stehe, das sei seine Idee gewesen. Das stimme nicht, denn in erster Linie hatten sich Herr Borstell, OBM Tangerhütte, und Herr Biermann, OR-Mitglied Tangerhütte, darüber Gedanken gemacht. Zum Bauhof sagt er, dass er es traurig fand. Es war ok., die 30.000 € zu retten. Man hatte eine ganze Menge auf der Liste. Dies sollte Herr Brohm notieren. Man hatte sich ausgemacht, mit den Leuten vor Ort zu schauen und als er als Bauausschussvorsitzender auf dem Bauhof recherchieren wollte, kam Herr Brohm auf dem Bauhof und fragte, was er hier mache. Herr Jagolski habe geantwortet, er bereite sich wie abgesprochen für den Bauausschuss vor. Herr Brohm verwies ihn vom Gelände und er folgte der Anweisung. Herr Jagolski findet den Umgangsform nicht in Ordnung. Einmal soll man helfen und ein andermal bekomme man ein Messer in den Rücken. Den Rückzug des Investors findet Herr Jagolski ganz schlimm. Das wäre eine Möglichkeit gewesen. Herr Fettback, der BM-Kandidat, und er haben schon Kontakt aufgenommen. Es bestände evtl. die Möglichkeit (ist aber noch nicht spruchreif), dass vielleicht Rossmann zurückkommen würde. Das wäre für Tangerhütte ganz wichtig. Zur Anzeige führt Herr Jagolski an, dass die Staatsanwaltschaft ermitteln werde. Hier gehe es um Veruntreuung öffentlicher Gelder.

Frau Platte spricht die Digitalisierung an, dass sie Herrn Brohm auch persönlich gesagt habe. Die Digitalisierung solle dazu dienen, dass die Verwaltung effektiver arbeiten könne. Sicherlich sei es so, dass dies von Bürgern, die es möchten, auch gemacht werden kann aber nicht jeder könne das und wolle es. Unsere EG habe viele ältere Bürger. Eine Bürgerin aus Tangerhütte habe ihr erzählt, dass die Verwaltung sage, „machen Sie das bitte digital“. Daraufhin habe die Bürgerin geantwortet, „ich könne dies nicht und ich habe Sie doch gerade am Telefon. Können Sie das nicht aufnehmen?“ Die Verwaltung antwortet, „nein, machen Sie das bitte digital“. Ein paar Tage später habe die Bürgerin Herrn Brohm auf der Straße getroffen und ihm das Problem geschildert. Herr Brohm habe dazu nichts gesagt und sei weiter gegangen. Bis jetzt habe sich nichts geändert. Frau Platte wisse, dass der BM die Dinge, die er in Facebook schildert, selbst, wenn das Medium das zulasse, nicht dürfe. Der BM habe Anstand zu haben und Rücksicht zu nehmen, auch wenn dieser selbst angegriffen werde, dürfe er diese Retourkutsche nicht nehmen und SR'e namentlich nennen und deformieren. Das gehe nicht und gehöre sich nicht. Als BM habe er darüber zu stehen. Der BM denkt aber, er sei der BM und brauche das nicht. Das habe der BM ihr auch schon persönlich gesagt.

Frau Braun gehöre bei Facebook zu den Angriffsobjekten. Selber könne sie es nicht lesen, weil sie auf der Seite des BM vom BM geblockt sei und auch bei „Tangerhütte und seine Dörfer“, aber einige schicken ihr die Beiträge zu. Zur Entkommunalisieren sagt sie, dass es von Anfang an der Wille des BM gewesen sei, den Wildpark und das Kulturhaus abzustoßen. Der BM habe wörtlich gesagt, wozu bräuchte jedes Dorf einen Sportplatz. Die Sportvereine sollten sich alle an die Betriebskosten beteiligen. Der BM habe auch gesagt, 2 Freibäder könne man sich nicht leisten. Wenn der SR nicht von Anfang an, vor 6 Jahren, dagegen votiert hätte, wäre damals schon vieles dem Bach runtergegangen, an freiwilligen Aufgaben. Das konnte man im ersten SR (WP 2014-2019) alles verhindern. Dann ging es weiter. Zur Fähre habe der BM Schrotthaufen gesagt. Wenn wir nicht, Frau Platte, Herr Schultz und sie selbst über den Kreistag solche Anträge gestellt hätten und nicht so treu an diesem Problem dran geblieben wären, könne man ihr glauben, mit der Fähre wäre es auch schief gegangen. Aber wir haben es gemeinsam hingekriegt, die Gemeinden und unser SR mit den beiden Landkreisen. Das sei ein Erfolg aber es werde vom BM nicht als unser gemeinsamer Erfolg gesehen, obwohl auf dem Wahlplakat vom BM stehe, „gemeinsam gestalten“. Der BM gestalte wie er will. Der SR habe gemeinsam gestaltet. Nachdem man so viele Konzepte für das Kulturhaus finanziert habe, schon im ersten SR, habe Frau Braun vor 2 Jahren den Antrag „Brandschutzauflagen“ gestellt, damit das Kulturhaus betriebswürdig sei und der SR habe einen Beschluss über 100.000 € beschlossen. Diesen Beschluss habe man bis heute nicht umgesetzt. Der SR habe beschlossen, dass man für die kommunalen Wohnflächen eine Instandhaltungsrücklage von 9 € pro m² in den HH 2021 einzustellen habe. Das habe man auch nicht umgesetzt. Man habe in den HH nur 6 € pro m² eingepflegt. Leider sei das dem SR untergegangen. Das sei ein haushalterischer Fehlgriff. Eigentlich sei es kriminell, gegen den Beschluss des SR'es eine andere (die alte) Summe einzustellen. Das könne man nicht hinnehmen. Die SWG sei für Tangerhütte zuständig. Herr Wetzig mache die Verträge über kommunale Wohnungen in den Dörfern. Mit Zustimmung des BM habe Herr Wetzig 15.000 € für ein Gutachten ausgegeben, für altersgerechtes Wohnen in einem Wohnblock in Groß Schwarzlosen. Dies habe man bis heute nicht umgesetzt. Hier sei Geld des Steuer-

zahlers vertan. Man wisse, dass bei den Spielplätzen überall Bedarf der Erneuerungen bestehe, weil diese 25 bis 30 Jahre alt seien. Wenn etwas kaputt ging, habe der BM gesagt, es sei kein Geld da aber der BM habe ohne Not und ohne Auflage des TÜV's in Tangerhütte 2 Spielplätze demonstrieren, die jetzt wieder mit 5.000 € über Leaderprojekte neu gebaut werden sollen. Und Lüderitz fehle das Geld, um ein kaputtes Spielgerät zu ersetzen, weil der BM für Spielplätze nur 10.000 € eingestellt habe und man schon 5.000 € für die Neuherstellung der Spielplätze in Tangerhütte benötige. Frau Braun sei nicht dagegen aber der BM habe Schaden angerichtet und verkaufe alles als sein Erfolgserlebnis und der SR sei der Böse. Zum „Neuen Schloss“ sagt Frau Braun, es könne nicht sein, dass ein BM gegen die Entscheidung des Bauordnungsamtes einen Leaderantrag „Café“ stelle und dafür 5.000 € als Eigenmittel von den Windparksponsoring abzwinge. Dann musste der BM vor 1 Jahr das Projekt wieder zurückziehen, weil der BM dafür keine Betreibergenehmigung bekommen hatte. So ein linkes Ding dürfe kein BM machen. Jetzt möchte der BM das wieder anleihen und wahrscheinlich die 5.000 € dafür nehmen. Jetzt spricht Frau Braun die 380.000 € Gewerbesteuer an, die durch den Weggang von der Firma Contrans verloren gegangen seien. Es könne nicht sein, dass man so mit Unternehmen umgehe, das diese sich in Nachbargemeinden niederlassen und unsere EG verlor dadurch wichtige Einnahmen. Der SR habe ein Radwegekonzept beschlossen. Das habe der BM auch nicht umgesetzt. Der BM habe durch die Bürgerinitiative dazwischen gefunkt, die seine Unterstützer seien und habe alles hinter dem Rücken des SR's organisiert. Der BM ignoriere das Radwegekonzept. Dasselbe sei mit dem Entwicklungskonzept. Wie oft habe Frau Platte gesagt, dass man dies weiter fortschreiben müsse. Dann machte der BM große Aktionen und es stellte sich jemand im SR vor, es wurde die Presse eingeladen, Bürgerbesprechungen gemacht und etwas zu Papier genommen. Dabei blieb es. Dieses Konzept sei halbherzig. Der SR habe dies auch in Diskussionen gefordert aber es werde nicht fortgeschrieben. Alle anderen Kommunen machen es, selbst der LK Stendal und das Land. Frau Braun merkt zur letzten Straßenreinigungssatzung an, dass man seit Winter diskutiere und Vorschläge gemacht habe, wie man die Laubentsorgung im Herbst und den Winterdienst effektiver und für unsere Bürger entlastender machen könnte. Ihr mache es wütend, dass der BM keinen von den Vorschlägen, die der SR gemacht habe und auch aus den Nachbarkreisen kenne, aufnehme und jeden Vorschlag ignoriere. Der BM findet nur seinen Vorschlag gut. Wir seien 2 Säulen. Die 1. Säule sei der BM mit seiner Verwaltung und die 2. Säule sei der SR. Die 2 Säulen seien 2 Verwaltungsgremien, die auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten haben und in Verantwortung stehen. Frau Braun sei der Meinung, dass sich der SR wirklich Gedanken gemacht habe und sich dieser Verantwortung sehr bewusst sei. Der BM habe Gelder nicht zweckorientiert eingesetzt und Fehlentscheidungen getroffen.

Herr Bartoschewski wollte eigentlich etwas zur UWGSA sagen, bzgl. ihrer Veröffentlichung am letzten Sonntag in Facebook. Leider sei die UWGSA nicht mehr anwesend. Grundsätzlich müsse er sagen, es gibt einen ziemlich großen Graben zwischen dem BM und dem SR, der daraus resultiere, dass die Priorisierung von gewissen Dingen bei dem BM anders liegen als beim SR. Der BM habe es nicht geschafft, das Fingerspitzengefühl zu bekommen, um zu entscheiden, wo man einen Schritt aufeinander zu gehen könnte. Bei der ersten Unterredung zum Wildpark war Herr Bartoschewski auch dabei aber das mit dem Vertrag habe er nicht mitbekommen, weil er etwas später kam. Über die PM, die die Verwaltung aufgrund des Artikels der Fraktion CDU-FDP verfasst habe, sei er erbost gewesen, weil man da wirklich Tatsachen, die evtl. so waren, anders dargestellt habe. Zum Beispiel, in der Unterredung habe man den Herrn Walmser gefragt gehabt, wieviel soll der Wildpark kosten und die Antwort lautete 1 €. Das habe die Fraktion CDU-FDP in ihrer PM so erwähnt und in der PM der Verwaltung habe man gesagt, das sei falsch. Dabei sei es richtig gewesen. Es gab keinen Beschluss über 1 €, weil der SR das verhindert habe. Mit dem Thema Fähre sei er auch ganz bei dem Vorsitzenden. Er möchte noch erwähnen, dass er nicht für dieses Format gewesen sei und nicht unterstützt habe. Das möchte er noch entschuldigen, aber dafür gebe es Gründe. Zum Online-Format der Online-Sitzung sagt er, wenn die UWGSA kritisiere, dass man keine Online-Sitzungen machen möchte, sei das ihre Sache und ihre freie Meinungsäußerung. Grundsätzlich sei er auch für Online-Sitzungen, weil es technisch möglich sei. Dass es schwer umsetzbar ist, habe man gehört. In seinem Unternehmen mache man jeden Tag Online-Schulungen, teilweise den ganzen Tag. Dazu müsse er sagen, dass es bei ihm zu Hause auch nicht funktioniere. Die UWGSA müsse aber auch eine demokratische Entscheidung akzeptieren, denn wenn der Fraktionsvorsitzende oder SR-Vorsitzende sagt, er möchte keine Online-Sitzung, liege dem auch eine demokratische Entscheidungsfindung zugrunde, denn man habe vorher mit seinen Leuten gesprochen. So etwas müsse man wenigstens respektieren und nicht dagegen schießen, so wie in der Meldung in Facebook. Da habe die UWGSA alle Fraktionen über einen Kamm geschert. Er müsse

auch noch etwas zur Informationspolitik der UWGSA sagen, bzgl. der Video- und Bildaufzeichnungen. In Facebook werde eindeutig geschrieben, das KuG (Kunst und Urhebergesetz), das Recht auf das eigene Bild und, dass sich der SR dem unterwerfen müsse und eigentlich nichts dagegen zu sagen habe. Das KuG sei das Gesetz für Kunst und Fotografie. Das habe überhaupt nichts mit dem SR zu tun. Unsere GO sage im § 3 Satz 1 klar, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie Übertragungen seien zulässig, solange es dem Vorsitzenden angezeigt werde. Er könne nicht nachvollziehen wie man so etwas aus der Schublade hole, obwohl es falsch sei.

Herr Kinszorra war ein Unterstützer des BM und habe für ihn Unterschriften gesammelt, denn er war damals davon überzeugt, endlich ein junger dynamischer BM aber leider heute ein erfolgloser. Der SR habe mehrheitlich und über Fraktionen versucht, für das Kulturhaus kostengünstige Entwürfe zu organisieren. Er erinnere an die Fachhochschule Dessau. Das habe man auch runterkariert, durch nicht genannte anwesende SR'e, die dann anriefen und gefragt haben, ob es sein könne, dass internationale Studenten hier ein altes Haus mit Entwurf namentlich versehen können und, ob das ein Wettbewerb zu den armen Architekten im LSA sei. Man habe sich noch bei der Architektenkammer kundig gemacht, ob man so weiter machen dürfe. Lange Rede, kurzer Sinn. Wir haben von Herrn Böse ein Konzept für das Kulturhaus, der es gegen Bezahlung erstellt habe. Festzustellen sei, man mache nichts weiter daran und, dass der BM in seinem Größenwahn weiterbauen wollte, ohne bauliche, rechtliche und statische Überlegungen. Herr Kinszorra sei total offen, dass man sage, man benötige in Tangerhütte ein Gebäude, sei es das Schloss, sei es das Kulturhaus, sei es eine neue Mehrzweckhalle oder eine alte. Das müsse man aber alles ergründen. Man baue immer wieder neu und man überlege nicht, dass man vorhandene Gebäude clever sanieren könnte. Festzustellen sei, man habe den Beschluss über die Errichtung eines 2. Brandschutzweges „kleiner Saal“. Das werde einfach nicht gemacht. Man habe die Grundstückspolitik schon mehrmals dargestellt und er erinnere daran, dass in Verwaltung der ethischen Bundesgesellschaft die Industriestraße 11 ein denkmalgeschütztes Fachwerkhaus aus dem 19. Jahrhundert mit 2 Etagen für 25.000 € an einen privaten Investor verkauft hätte werden können. Dieser habe schon andere Häuser in Tangerhütte rekonstruiert aber nein, die große Idee war, man hole demnächst die Bundesgartenschau nach Tangerhütte und Tangermünde. Deswegen habe man dieses denkmalgeschützte Fachwerkhaus nicht veräußert. Jetzt sei es im letzten Herbst, dank des Zustandes, zusammengefallen. 25.000 € seien weg und die EG müsse das zusammengefallene Haus sichern. Jetzt informiert Herr Kinszorra über ein Fw-Mitglied, mit dem er gesprochen habe. Er habe dieses Mitglied gefragt, ob er bei Einsätze mit rausfahren dürfe. Dieser arbeite in einem kleinen Unternehmen und habe geantwortet, obwohl er gern würde, gehe das nicht. Der BM müsse einmal mit seinem Chef reden. Dann hätte dieser evtl. das Signal und dürfte mit den Pieper los. In 4 Minuten wäre er im Gerätehaus aber der BM war noch nicht hier. Zum Personalproblem im Bauamt sagt er, dass man dort nur einen Tiefbauingenieur habe, keinen weiteren Fachmann, sei es ein Hochbauingenieur oder einen Staatlichen oder Unabhängigen, der in der Lage sei, in Augenhöhe, sich mit den zu vergebenden Bauaufträgen oder Projektierungsaufträgen auseinanderzusetzen. Er erinnere daran, dass der SR im letzten Jahr im nichtöffentlichen Teil vier oder fünf Kandidaten zu beschnuppern hatte. Das fand er gut und es sei richtig gewesen, dass man allen die gleichen Fragen vorgegeben hatte. Leider sei der Einzige, der die Qualifikation hatte, vor dem Gespräch wieder abgereist. Was evtl. im Warteraum passiert sei, wisse man nicht. Nun spricht Herr Kinszorra das Steuerstrafverfahren an, dass der BM bekommen habe, wegen der nicht fristgerechten Abgabe der Umsatzsteuer für die Einnahmen des Kulturhauses Tangerhütte. Man habe dem SR im nichtöffentlichen Teil suggeriert, es sei eine große Sauerei, dass liege nur an dieser Mitarbeiterin. Dann habe man im nichtöffentlichen Teil entschieden, man werde diese Mitarbeiterin fristlos kündigen. Ein halbes Jahr später, nachdem diese Mitarbeiterin logischerweise Rechtsbeistand genommen habe, stellte sich heraus, dass diese Mitarbeiterin überhaupt nicht die Umsatzsteuererklärung abgeben konnte, weil diese zu dieser Zeit schon krankgeschrieben war und dass der BM selbst die Vertretung nicht organisiert hatte. So etwas dürfe man nicht machen. Man könne nicht mit einem falschen Vortrag den SR dazu bringen, eine Person fristlos zu kündigen und hinterher stelle sich die Tatsache ganz anders raus. Das sei tragisch und das habe er dem BM im nichtöffentlichen Teil auch gesagt. Herr Kinszorra berichtet zu seiner Nachfrage im Bauausschuss, ob die Trennung zwischen der öffentlichen Straßenbeleuchtung mit dem Fw-Gerätehaus Klein Schwarzlosen, was durch den BM privatisiert wurde, vollzogen sei. Dazu bekam er 3x die Antwort, „der Notarvertrag ist vollständig vollzogen und erfüllt“. Herr Kinszorra habe nochmal nachgefragt, ob die Trennung der Elektroleitungen auch vollzogen sei und er habe wieder die gleiche gebetsmühende Antwort erhalten und er habe zu Protokoll gegeben, „der BM eiert rum. Daraus muss er schlussfolgern, dass es nicht passiert ist“. Es könne nicht sein, dass

der BM so mit uns weiterhin umgehe und er gebe zu Bedenken, der Oberbürgermeister in Halle, sei zurzeit aus dem Rathaus gejagt worden, weil dieser sich vorher schnell impfen gelassen habe. Für unseren jetzigen BM habe er damals Unterstützerunterschriften besorgt gehabt, unter ein bisschen Druck seiner damaligen Mitarbeiter und zwar war das damals auf einen Freitagnachmittag, 16:00 Uhr. Da haben alle gute Laune. Bei uns in der Verwaltung, haben die schon um 10:00 Uhr vormittags gute Laune, wenn abgewaschen wird. Dass unser BM den SR so vorführe, sei traurig und er glaube, falls der jetzige BM die Wahl gewinne, werde der SR extremer vorgehen. Herr Kinszorra werde sich nicht an die sozialen Medien wenden und jeder habe das Recht ... (mehr ist nicht zu verstehen – zu viel Autoverkehr).

Herr Jacob unterbricht Herrn Kinszorra und sagt zu Herrn Kinszorra, soziale Medien dürfe er ihn nicht durchgehen lassen. Dies sei ein Ordnungsruf.

Herr Kinszorra erkennt den Ordnungsruf an, aber seine innere Meinung bleibe trotzdem so, denn so könne es nicht weitergehen. Man habe eine Verantwortung. Es seien einige mehr, die falsch berichten, denn dass was Herr Bartoschewski vorhin angesprochen habe, mit dem falschen Gesetz (KuG) habe eine andere Person eingebracht und 3 Personen seien darauf angesprungen. Er habe sich nur gedacht, einwandfrei, falsche Rechtsgrundlage. Der SR müsse sich tatsächlich überlegen wie man die Beschlüsse, die der SR gefasst habe, umsetze.

Herr Jagolski ringe innerlich mit sich, denn das Nichtumsetzen der Beschlüsse sei ein kommunalrechtliches Vergehen. Unsere EG habe eine Außenwirkung. Als Beispiel nehme er Edeka und die Investoren. Ein großer Konzern wie Edeka habe einen Investor. Wenn dieser an die EG herantrete, habe dieser gewisse Vorstellungen. Der BM sei der Meinung, er rufe bei Edeka direkt an, was er mehrmals gemacht habe und biete sich an, es selbst zu vermarkten. Daraufhin habe der Investor geschrieben, dass der BM bei Edeka Störfeuer verbreite. Dann komme die Sache mit dem laufenden Disziplinarverfahren und mit der Anzeige sowie mit dem absoluten gestörten Vertrauensverhältnis. Man habe so viel Gründe, dass das Zusammenarbeiten eigentlich nicht mehr möglich sei. Man sollte darüber nachdenken, ob man den BM vorläufig vom Dienst suspendiere.

Herr Graubner erinnere nochmal an die dänische Botschafterin, die uns besuchte und zum digitalen Rathaus Fragen gestellt habe. Er wisse nicht, nach welchen Listen man dazu Leute eingeladen habe. Nicht einmal der SR-Vorsitzende wusste von der Anwesenheit der dänischen Botschafterin. Das seien Dinge, die nicht gehen. Ein BM, der Informationspolitik mache und mit dem Fahrrad über die Autobahn fahre, das schaffe nicht mal er (Hr. Graubner), sei ein lächerlich machen, denn das habe für Tangerhütte mit einer ernsthaften Vertretung nichts zu tun. Der SR habe vor ein paar Jahren bereits ein Verfahren gehabt. Da gab es eine BM'in, die auch stolz angetreten sei und dann habe der SR und die Bevölkerung entschieden. Dieses Mal entscheide die Bevölkerung am 06.06.2021. Das sei legitim und demokratisch. Er wünsche sich, dass der SR, egal mit wem, zu einer vernünftigen Arbeit komme, weil dies wichtig sei und er bittet, um Zustimmung des Vorschlages von Herrn Schultz und zwar, Missbilligung des Verhaltens des BM. Herr Graubner wünsche sich, dass man diese heutige Linie durchhalte, in dem man Sachen ehrlich sage. Von uns (SR) wäre keiner weggelaufen und man hätte sich ausgetauscht. Was heute hier ablaufe (Nichterscheinen des BM), sei Respektlosigkeit und eine Missachtung gegenüber des SR-Vorsitzenden und des SR'es. Herr Graubner verabschiedet sich aus gesundheitlichen Gründen. Er wäre gern noch geblieben. **Frau Braun** sagt, er könne es im Wortprotokoll nachlesen.

Herr Bierstedt möchte an die Tradition des 1 € Verkaufes, mit dem Angebot des Verkaufes der Kapelle Briest, erinnern. Man wollte das historische Denkmal aus der Hand der Allgemeinheit nehmen und privat verkaufen. Hier sei der SR auch klar und erfolgreich dagegen vorgegangen. In der Zwischenzeit habe man einen Leaderantrag gestellt. Dieser sei schon seit über 1 Jahr genehmigt. Es gehe um 100.000 €, die uns spätestens im Jahr 2022 verfallen, wenn man jetzt nicht bald mit dem Projekt beginne. Vielleicht falle das Projekt auch für sich allein zusammen. Zum Wildpark sagt er, dass er persönlich, als er noch sachkundiger Einwohner war, Herr Walmser gesprochen habe. Ihm habe gefallen, dass der SR gemeinsam ab der 1. Stunde zum Wildpark gestanden habe und entschieden habe, der SR nehme das gemeinsam in die Hand. Herr Bierstedt möchte noch sagen, es heiße nicht Förderverein Wildpark Weißewarte sondern Wildparkverein Weißewarte, den es habe dazu auch schon Relationen gegeben, weil die schon seit Jahren Geld dazu gegeben haben. Man müsse auch sagen, dass seit etlichen Jahren Bürger aktiv im Wildpark mitarbeiten, um diesen am Leben zu erhalten. Zum Scheinwissen, Recht am eigenen Bild, sagt Herr Bierstedt, es gebe den §, „wenn das Interesse der Allgemeinheit obliegt, tatsächlich auch praktisch ein Recht der Allgemeinheit bestehe ...“, z. B., wenn die Presse ein Bild von uns mache (kopiere) aber das persönliche Recht könne nicht ausgehebelt werden.

Frau Braun ergänzt das Gesagte zur Kapelle Briest. Die WG Lüderitz habe im SR den Antrag gestellt, die Kapelle nicht zu veräußern, sondern als Leaderprojekt für Briest kommunal zu erhalten. Die Briester haben dann einen Verein gegründet. Sie muss sagen, alles was dem BM nicht passe, werde veräußert, wie z.B. Waldverkäufe, kommunale Wohnungen. Das wäre alles schon verkauft, würde der SR nicht dagegen halten. Das beste Beispiel sei Bellingen. Da habe man die kommunalen Häuser verkauft, weil diese nicht mehr vermietbar und runtergewirtschaftet waren. Der Käufer habe diese billig bekommen, habe Geld in die Hand genommen und vermiete jetzt alle. Wir schaffen es nicht, dafür Sorge zu tragen, dass man unsere Wohnungen, die man wirklich in Lüderitz, Groß Schwarzlosen und in Grieben begehre, so instand setze, dass diese dem Standard entsprechen, weil man das Geld der Mieten hier ständig im HH für andere Zwecke verwende. Seit 4 Jahren sei der Jugendclub Lüderitz ein Thema und es gebe bereits eine Baugenehmigung. Es bestehe auch ein genehmigtes Leaderprojekt und in der Vergangenheit habe es mindestens 2 SR-Beschlüsse gegeben aber es passiert nichts. Das Dorfgemeinschaftshaus (DGH) war ein Thema im letzten Bauausschuss. Sie habe gefragt, kenne jemand von euch (Räte) dieses Projekt, in Höhe von 250.000 €? Der BM habe 3x behauptet, dass sie das Projekt kenne und Frau Braun habe geantwortet, sie kenne es nicht. Das Projekt kennen alle nicht. Man habe einmal über eine Maßnahme von 100.000 € gesprochen. Der BM habe im März 2021 gesagt, es sei ein Projektant beauftragt worden und es koste 250.000 €. Das solle ein Leaderprojekt werden und sei wohl auch schon eingereicht worden. Zur Kita Lüderitz sagt Frau Braun, man wisse seit 5 Jahren, dass man in unserer EG zu wenig Kita-Plätze habe. Es gebe einen Investor, der bauen möchte aber es gehe nichts. Der BM wisse es seit einem ½ Jahr aber man schaffe es nicht, einen Gestattungs- und einen Notarvertrag zu machen, um loszulegen. Das sei eine Pflichtlichtaufgabe, die ständig vernachlässigt werde, weil das mdR über das digitale Rathaus berichten müsse.

Frau Platte stellt den Geschäftsordnungsantrag, den TOP zu beenden. **Herr Jacob** antwortet, dass er dies vorgehabt habe.

Herrn Jagolski sei eben eingefallen, dass man im Bauausschuss die Planungen und das Projekt für das DGH Bellingen gefordert habe. Das sollte eigentlich mit der Freitagsmail versendet werden. Deswegen möchte er das noch einmal mit ins Protokoll aufnehmen lassen. Außerdem wollte man vor einer langen Zeit die kompletten Rechnungen zum Vertrag Wildpark. Das sei auch noch nicht passiert.

Herr Jacob sagt noch einmal zu Herrn Kinszorra, dass er das mit den asozialen Medien so nicht stehen lassen könne. Er teile die Kritik von Herrn Kinszorra an manche Medieneinrichtungen und er finde es auch bedauerlich wie z.B. der mdR berichtet. Deswegen gebe es ein Schreiben an den mdR, an den Rundfunkrat. Er liest das Schreiben vor.

„Sehr geehrte Damen und Herren, in der EG Stadt Tangerhütte findet am 06.06.2021 eine Bürgermeisterwahl statt. Der amtierende Bürgermeister Herr Brohm ist nicht erst seit diesem Jahr, aber jetzt verstärkt über dem mdR, in Funk und Fernsehen präsent, als Sperrspitze der Digitalisierung, mit dem Schlosspark, dem Wildpark und den Gießereihallen. Die Berichterstattung zeigt einen jungen dynamischen Bürgermeister, der welterfahren als ehemaliger Musicalmanager ziel-sicher die EG vom Provinzschlaf in kollektiver Mobilmachung zu einer Musterkommune formt. Das dieser Bürgermeister große Defizite bei der Umsetzung aufweist, spielt in der Berichterstattung keine Rolle. Auch die Berichte über die Projekte selbst sind sehr einseitig und werden der Realität in unserer EG nicht gerecht. Schlichtweg, schlecht recherchiert. Diese Berichterstattung ist allein auf die Glorifizierung der Person des Bürgermeisters gerichtet. Objektive Berichterstattung einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung geht anders. Ich bitte Sie, diese nur durch persönliche Verbindungen des Herrn Brohm zu maßgeblichen Programmachern in den Medien, entstandene Medienpräsenz in normale, berechnete Berichterstattung zurückzuführen. Die Bürger haben das Recht auf objektive Berichterstattung und bezahlen z.B. die Rundfunkgebühren nicht für Wahlpropaganda, zugunsten eines Bürgermeisters. Werden Sie Ihrer Verantwortung als Journalisten gerecht.“

Diese Schreiben haben mehrere SR'e unterschrieben und er habe dieses im Februar 2021 abgeschickt. Bis heute habe er noch keine Antwort bekommen.

Das Problem, was der SR mit dem BM habe, dass er die Aufteilung, durch die Verfassung gewollt, zwischen den Gremien oder seiner Person und dem SR ganz einfach nicht erkenne und akzeptiere. Die Aufgabe, die dem BM lt. Verfassung zustehe, in diesen Gremien für Mehrheiten zu sorgen, nehme der BM nicht wahr. Hier sei der BM ein Totalausfall. Herr Jacob bittet um Entschuldigung aber er könne es nicht anders sagen. Die Kommunalaufsicht habe Herrn Jacob mitgeteilt, dass man keine andere Möglichkeit habe, sein (BM) Recht auf Mitteilungen und PM anders zu entgegenen, als

jede einzelne anzusprechen. Das war der Grund gewesen, dass Herr Jacob gesagt habe, man benötige diese Sitzung mit diesem Thema. Auf einer anderen Art und Weise könne man dies nicht kenntlich machen, dass es so nicht gehe.

Herr Jacob bedankt sich für die Disziplin und, dass es nicht unsachlich gewesen sei und, dass man sich damit ordentlich auseinandersetzen konnte. Er bedaure, dass Herr Brohm nicht anwesend sei. Es wäre gut gewesen, wenn Herr Brohm dies einmal gehört hätte.

TOP 8: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Schultz stellt jetzt seinen *Antrag* noch einmal, der wie folgt lautet.

Der SR verurteilt, das weder der BM, noch ein aussagefähiger Vertreter der Verwaltung an der SR-Sitzung am 28.04.2021 teilgenommen hat, auf das Schärfste.

Abstimmung: einstimmig Ja

Herr Schultz habe vor der Sitzung angesprochen, den Termin des Sitzungsbeginns zu ändern. Er habe 14:00 Uhr oder etwas später gesagt. Der Kreistag beginne fast alle Sitzungen spätestens um 17:00 Uhr, manche sogar etwas früher. Im Kreistag seien 48 Mitglieder aus dem ganzen LK vertreten und es gab von niemanden einen Widerspruch. Er bittet, darüber nachzudenken, auch unter Berücksichtigung, dass man die Sitzungen draußen durchführen könnte.

Herr Jacob antwortet, als dieser Hinweis kam, hatte man die Einladungen schon versendet. Dadurch hatte Herr Jacob keine Möglichkeit, tätig zu werden. Ansonsten hätte er das mit den Fraktionsvorsitzenden abgesprochen, ob das eine Mehrheit finden würde und hätte entsprechend reagiert.

Herr Schultz wollte eigentlich den BM informieren, dass in Jerchel die schnelle Leitung für das Internet komplett verlegt sei. Heute sei das Schlussaufmaß der Baufirma gewesen. Er hatte gedacht, dass man am Schluss einer Bauabnahme, dass mit Vertretern der Verwaltung durchführe. Das habe er nicht gesehen. Er möchte den SR darüber informieren, dass dort eine rumänische-polnische Baubrigade unter der Leitung eines ... (leider nicht zu verstehen – zu viel Autoverkehr), wo er nichts gegen habe. Aus seiner Sicht machen die ihre Arbeit sehr gut und sehr schnell. Ihm sei aufgefallen, dass die Arbeiter nur die Trasse, wo sie den Bürgersteig aufnehmen und Pflastersteine hochheben wieder zu machen. Wenn gleich daneben der Weg beschädigt sei, werde er nicht mit repariert. Deshalb habe er mit dem Bauleiter gesprochen. Der Bauleiter habe gesagt, die Firma habe diese Leistungen angeboten aber das habe der BM und die Verwaltung abgelehnt. Man solle drauf drängen, dass dieser Unfug nicht so weiter geführt werde. Er habe den BM darüber schriftlich informiert aber keine Antwort erhalten.

Herr Nagler habe eine Anfrage und eine Anregung. Wann werde man die Vereinbarung aus dem Kauf- und Notarvertrag beim Verkauf des alten Fw-Gerätehauses Klein Schwarzlosen, vor allem die Trennung der Stromanschlüsse, umsetzen und wann bezahle der Käufer die Rechnung dafür?

Die Anregung an den BM sei, dass dieser seinen Bürgern einen lückenlosen Lebenslauf zur Verfügung stelle. Von Herrn Fettback habe er den Lebenslauf schon. Alles was Herr Nagler lese, sei „ungefähr“, worunter er sich nichts vorstellen könne. Ihm und den Bürgern würde freuen, zu wissen, woher der BM seine ganze Lebenserfahrung und Weisheit habe. Es sei ein großes Manko, dass man von BM-Kandidaten und von SR-Kandidaten kein Lebenslauf fordere.

Herr Kinszorra möchte sich korrigieren. Er werde dieses Wort (asozial) so nicht wieder verwenden. Er habe sehr hohe Achtung vor Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Herr Paucke möchte wissen, ob in der Verwaltung jemand beim Bau der Breitbandleitungen mit zuständig sei und kontrolliere. Er habe bei sich beobachtet, dass die Bauleute ankommen und fragen, wo sie etwas zwischen Lagern könnten. Dieser Haufen werde mittlerweile immer größer. Man hatte die Straßen und Gehwege mit einem vernünftigen Unterbau saniert, der jetzt bei ihm auf den Haufen liege, denn die Bauleute füllen nur Kies rein. Er finde das, was die Bauleute bei ihm im Ort hinterlassen, unmöglich.

Herr Jacob merkt an, es wäre eine Vorortbesichtigung notwendig, damit man feststellen könne, wer verantwortlich sei. Er wisse nicht, wer von der Stadtverwaltung verantwortlich sei. **Einige SR'e** rufen dazwischen, Herr Reich. **Herr Paucke** möchte den Haufen wieder los werden.

Herr Bierstedt weist darauf hin, dass Herr Brohm ein Mitglied im kommunalen Zweckverband sei und die Möglichkeit hätte, dort Einspruch zu erheben. Er selbst sei als Stellvertreter gewählt worden und habe Herrn Brohm gefragt, ob er denn auch mal Informationen bzgl. der Sache bekomme. Herr Brohm habe geantwortet, sie als Stellvertreter bräuchten nichts wissen.

Herr Radke sei bzgl. Breitband auch angefragt worden, denn es gehe auch in Weißewarte los. Im Amt sei Herr Reich dafür zuständig. Er habe mit Herrn Reich und mit dem Bauleiter einen Vororttermin und man habe ihm mitgeteilt, dass er alles aufschreiben soll, was man beachten und verändern solle, z.B. das Absetzen der Borde. Das werde er natürlich auch machen.

Frau Platte möchte in diesem Zusammenhang sagen, die Gehwege und Straßen haben einen richtigen Unterbau und man müsse selber aufpassen, dass dieser wieder mit rein komme. Sie selbst werde sich auf keine Stelle, auch nicht auf Herrn Reich, verlassen, sondern selbst permanent kontrollieren.

Herr Jagolski gibt an, dass sich die UWGSA Gedanken wegen den Industriehallen mache aber er mache sich mehr Gedanken um die Straße, die dort hinführe und sehr stark benutzt werde. Die Industriestraße sei in einem sehr schlechten Zustand, mit sehr tiefen Löchern. Hätte die Stadt beantragt, dass die Baufirma mithilfe, diese auszubessern, hätte die Baufirma dies auch gemacht aber Herr Brohm meinte, die Stadt habe keinen HH.

Herr Schultz habe noch einen Hinweis zum Internetausbau. Baurestmateriale liegen auch noch in Jerchel aber man habe davon schon etwas abgefahren. Leider habe die Firma nicht wieder die Rasenfläche angesät, die sie aufgenommen hatten und sich auch nicht um die Borde gekümmert.

Herr Jacob schließt 21:00 Uhr den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil

TOP 13: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jacob stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 14: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 15: Schließung der Sitzung

Herr Jacob schließt 21:48 Uhr die SR-Sitzung.

Fertiggestellt am: 21.05.2021